

Liebe Leserin, lieber Leser,



DIE LINKE kämpft gemeinsam mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen für klare gesetzliche Verpflichtungen bei öffentlichen Aufträgen – für Tariflöhne und gute Arbeitsbedingungen und für fair gehandelte und ökologisch hergestellte Produkte! Denn noch immer werden Frauen in Deutschland schlechter bezahlt als Männer, ihr Durchschnittslohn liegt 22 Prozent unter dem ihren Kollegen. Noch immer verteilen Briefträger Behördenpost im Schnitt für einen Stundenlohn von 7 Euro im Westen und 5,90 im Osten. Noch immer wird auch auf Baustellen, die von Steuergeldern bezahlt werden, gegen Mindestlöhne verstoßen. Noch immer schmücken öffentliche Einrichtungen ihre Rednerpulte mit Blumen, die Frauen und Kinder in Guatemala auf pestizidverseuchten Plantagen gepflückt haben. Noch immer stehen in deutschen Amtsstuben Computer, für die in Asien Mädchen zwölf Stunden am Tag und sieben Tage die Woche am Fließband schufteten.

Tatsächlich wird die öffentliche Hand in vielen Fällen ihrer Vorbildfunktion nicht gerecht und handelt nach der Logik »Geiz ist geil!« Den Zuschlag für öffentliche Aufträge bekommt häufig nicht die sozial verantwortliche Firma, beschafft werden nicht qualitativ hochwertige und nachhaltig hergestellte Produkte, sondern die billigsten.

Tatsächlich wird die öffentliche Hand in vielen Fällen ihrer Vorbildfunktion nicht gerecht und handelt nach der Logik »Geiz ist geil!« Den Zuschlag für öffentliche Aufträge bekommt häufig nicht die sozial verantwortliche Firma, beschafft werden nicht qualitativ hochwertige und nachhaltig hergestellte Produkte, sondern die billigsten.

Ulla Lötzer

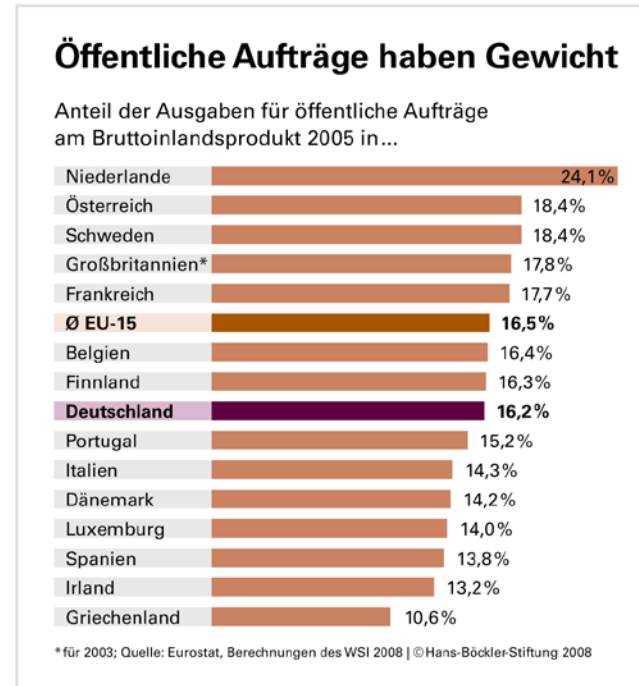
Sprecherin für Internationale Wirtschaftspolitik und Globalisierung

Öffentliche Aufträge: Jährlich mehr als 360 Milliarden Euro

Jährlich vergeben Bund, Ländern und Gemeinden öffentliche Aufträge in Höhe von 360 Milliarden Euro an Unternehmen. Diese öffentlichen Aufträge reichen von der Beschaffung von Papier und Bleistiften für

Amtsstuben über Bettlaken in Krankenhäusern und den Betrieb einer S-Bahn bis hin zum Bau eines öffentlichen Freibades.

360 Milliarden Euro – das sind 16 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Bund, Länder und Kommunen sind damit Großkunden und könnten den Lieferanten dazu bringen, beispielsweise die Gleichstellung von Frauen und Männern im Betrieb aktiv zu fördern, Langzeitarbeitslose zu beschäftigen, ökologische und fair gehandelte Produkte zu beschaffen oder tarifliche Löhne einzuhalten.



Länder und Kommunen als Vorbilder

Der politische Druck von engagierten Gewerkschaften, Umwelt- und Entwicklungsgruppen hatte in den letzten Jahren Erfolg. Die Regierung aus SPD und LINKE in Berlin ging am weitesten und wollte alle Unternehmen, die Aufträge erhalten, darauf verpflichten, Tariflöhne oder mindestens 7,50 Euro in der Stunde zu zahlen.

Sieben weitere Bundesländer haben ebenfalls Landesgesetze mit Tariftreueverpflichtungen. Mehr als 100 bundesdeutsche Kommunen und sogar das Land Bayern haben außerdem beschlossen, keine Produkte mehr aus ausbeuterischer Kinderarbeit anzuschaffen. Die Städte Neuss und Düsseldorf kaufen nur noch Produkte, bei deren Herstellung die ILO-Kernarbeitsnormen eingehalten werden.

»Das bisherige Vergaberecht lässt für die Kommunen leider nur wenig Spielraum.« (Christian Ude, Präsident des Deutschen Städtetages)

Die Konkurrenz um öffentliche Aufträge wurde in diesen Kommunen und Ländern nicht vorrangig über den Preis und niedrige Löhne ausgetragen, sondern über die Qualität der Produkte gemessen an sozialen und ökologischen Kriterien. Doch das ist den marktliberalen Kräften ein Dorn im Auge.

EU-Richter schreiten ein: Lohndumping statt Tariftreue

Dass öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich an Tarifverträge halten, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Trotzdem kam es immer wieder zu Verstößen. Beim Neubau eines Gefängnisses bei Göttingen arbeiteten 53 Mitarbeiter eines Subunternehmens für 46 Prozent des Mindestlohns. Der Fall flog auf und landete vor dem Europäischen Gerichtshof. Dieser machte kurzen Prozess: Die Tariftreueverpflichtung sei ein Verstoß gegen die Dienstleistungsfreiheit und somit unzulässig.

Die Folgen: Börsenwahn und Billigbahn

In vielen Bundesländern wurde die Tariftreueverpflichtung gestoppt oder auf die Einhaltung allgemeinverbindlicher Tarifverträge zurückgestutzt. Die Konzerne reagieren prompt: Die private Nordwestbahn (NWB) hat die bundesweit größte Verkehrsausschreibung über drei Bremer S-Bahn-Linien ins niedersächsische

Umland gewonnen. Doch die unterlegene Deutsche Bahn AG will den Zuschlag an den Konkurrenten kippen. Sie kündigt frech an, dass man mit dem tariffreien Tochterunternehmen »Heidekrautbahn« das Angebot der NWB unterbieten könne.

*»Was ist das anderes, als höchstrichterlich geförderte Lohndrückerei? Herr Steinmeier, sorgen sie dafür, dass in dieser EU die Grundrechte der Menschen höher stehen als Profitinteressen und Niederlassungsrecht! Denn sonst, sonst verlieren Sie die Zustimmung zur EU-Integration.«
(Ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske)*

Die Bundesregierung tut nichts

Jetzt hat der Bund sein Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts vorgelegt. Wirtschaftsminister Glos (CSU) versteckt sich hinter dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs und lässt weiter das Motto »Geiz ist geil« walten. Den Zuschlag für den Auftrag soll das wirtschaftlichste und das heißt in seiner Logik leider das billigste Angebot bekommen. Soziale und ökologische Kriterien können zwar berücksichtigt werden. Sie müssen es aber nicht.

DIE LINKE fordert Tariftreue und gute Arbeit

Seit langem setzt sich DIE LINKE für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,71 Euro ein. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen muss erleichtert werden, damit sie für alle Beschäftigte einer Branche gelten. Unternehmen, die Aufträge der öffentlichen Hand erhalten, müssen Tariftlöhne zahlen. Und dort, wo Tariftlöhne unter dem gesetzlichen Mindestlohn liegen, muss der Mindestlohn gezahlt werden. Außerdem sollen Unternehmen die Gleichstellung von Frauen und Männern aktiv fördern, sich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verpflichten und eine angemessene Zahl an Ausbildungsplätzen bereitstellen.

Soziale Standards europarechtlich absichern

Gemeinsam mit den Europäischen Gewerkschaften fordert DIE LINKE, in den EU-Verträgen den Vorrang der sozialen Grundrechte vom Streikrecht bis hin zur Einhaltung von Tarifverträgen zu verankern. Diese soziale Fortschrittsklausel räumt den sozialen Grundrechten im Konfliktfall Vorrang vor den Marktfreiheiten ein. In der EU-Entsenderichtlinie und Vergaberichtlinie muss außerdem die Forderung nach Tariftreue abgesichert werden.

Globale Standards für ökologische und fair gehandelte Produkte

Bei allen öffentlichen Beschaffungen sind die Ziele des Klima- und Umweltschutzes konsequent zu beachten und so schnell wie möglich auf eine vollständige Beschaffung von Öko-Strom umzustellen. Außerdem sollten nur noch Produkte des Fairen Handels (Kaffee, Lebensmittel, Textilien...) angeschafft, ILO-Standards eingehalten und elementare Menschenrechts-, Gesundheits- und Arbeitsschutzrechte verpflichtend gewahrt werden.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer
Redaktionsschluss: 30. Juni 2008

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

Öffentliche Aufträge: Tariftreue statt »Geiz ist geil«

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

